

**Der Beauftragte des Senats von Berlin
für Integration und Migration**

Beauftragter für Integration u. Migration, Potsdamer Str. 65, 10785 Berlin

Geschäftszeichen (bei Antwort bitte angeben)

IntMig

Bearbeiter/in:

Günter Piening

Zimmer:

4

Telefon:

(030) 901723 (Intern: 91723) 2351

Telefax:

(030) 901723 (Intern: 91723) 2320

Datum:

19.04.2009

Pressemitteilung

**Berlins Integrationsbeauftragter erinnert an die Brandanschläge auf die Häuser von
Einwandererfamilien in Rudow**

Anlässlich des Jahrestages der Brandanschläge auf die Häuser von Einwandererfamilien in Berlin-Rudow hat Berlins Integrationsbeauftragter Günter Piening zu Wachsamkeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus aufgerufen. Piening erinnerte daran, dass 2008 die Zahl rechtsextrem motivierter und rassistischer Straftaten auch in Berlin stark angestiegen ist: „Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind noch immer unter uns. Die Solidarität mit den Opfern und die aktive Ächtung von Rechtsextremismus in jeder Form sind unverzichtbar, um den Weg in eine demokratische und friedliche Bürgergesellschaft zu ebnen, die von Respekt und gegenseitiger Anerkennung geprägt ist.“

Am 22. März und am 20. April 2008 schleuderten Jugendliche Brandsätze auf Wohnhäuser in Rudow. Grund: Hass auf dort lebende Familien mit Migrationshintergrund. Sie waren zur Tatzeit der rechten Szene zuzuordnen und lebten in der Nachbarschaft ihrer Opfer.

Solche Anschläge, so Piening, sind direkte Angriffe auf unsere demokratische und friedliche Bürgergesellschaft. „Die Opfer leiden bis heute darunter. Neben der Angst vor Wiederholungstaten belastet sie die Ungewissheit, ob die Menschen in der Bevölkerung den Fremdenhass der Täter teilen, ob womöglich auch Nachbarn klammheimlich applaudieren. Nicht nur bei den Opfern sondern weit über deren soziale Netzwerke und Freundeskreise hinaus entstehen Zweifel an der demokratischen Offenheit der Gesellschaft.“

„Wir wollen das Vertrauen der betroffenen Bevölkerungsgruppen in unsere demokratische und offene Einwanderungsgesellschaft zurückgewinnen und stärken.“ so Piening. Auf diesem Weg gebe es seit den Anschlägen ermutigende Entwicklungen. Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger in Rudow haben sich in Netzwerken, Projekten und Kampagnen organisiert und deutlich gemacht, dass die große Mehrheit der Einwohner des Ortsteils Rassismus und Rechtsextremismus ablehnt. So wurden durch das "Aktionsbündnis Rudow" BVG-Linienbusse mit der Botschaft "Neukölln für Demokratie und Respekt" versehen und auf Infoständen über die Bedrohung durch Rassismus und Rechtsextremismus informiert. Der Integrationsbeauftragte und der Anfang 2008 gegründete „Berliner Ratschlag für Demokratie“ unterstützen diese Aktivitäten.

Am Montag den 20. April, von 17 bis 19 Uhr veranstaltet das Aktionsbündnis Rudow eine Kundgebung auf der „Rudower Spinne“ (in unmittelbarer Nähe zum U-Bhf „Rudow“, U7). Auch der Integrationsbeauftragte wird daran teilnehmen.

Dienstgebäude:
Potsdamer Str. 65
10785 Berlin

Fahrverbindungen:
U-Bhf. Kurfürstenstraße (U 1, U 15)
Bus M48
Bus M29

Sprechzeiten:
Mo., Di., Do..
von 9.00 bis 13.00 Uhr
Do.
von 15.00 bis 18.00 Uhr

Zahlungen bitte
Bargeldlos nur an die
Landeshauptkasse,
Klosterstr. 59
10179 Berlin

Kontonummer
58-1 00
9 919 260 800
0 990 007 600
10 001 520

Geldinstitut
Postbank Berlin
Berliner Bank AG
Landesbank Berlin
LZB Berlin

Bankleitzahl
100 100 10
100 200 00
100 500 00
100 000 00



E-Mail: integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de

(Der Empfang elektronisch signierter Dokumente ist vorerst nicht möglich.)

Internet: www.integrationsbeauftragter.berlin.de